

**An die
Mülheimer Medien****24.06.2014****Flughafen Essen/Mülheim: Landeskündigung Vertrauensbruch**

„Das Kündigungsschreiben von NRW-Verkehrsminister Groschek, mit dem der 1/3-Landesanteil an der Gesellschaft Flughafen Essen / Mülheim (FEM) zum Ende des Jahres 2014 gekündigt wird, ist ein treuloser Akt und Vertrauensbruch gegenüber den bisherigen Gesellschaftern Essen und Mülheim an der Ruhr. Die Begründungen für den getrennten Ausstieg des Landes NRW sind nicht stichhaltig, sondern an den Haaren herbeigezogen“, erklärt CDU-Fraktionsvor-

sitzender Wolfgang Michels.

Wenn die NRW-Landesregierung mit der Mülheimer Ministerpräsidentin Kraft mangelnden Einigungswillen der beiden anderen Gesellschaftern Essen und Mülheim an der Ruhr beklage, müsse sie sich fragen lassen, wo ihre Verhandlungs- und Gesprächsleistung nicht erst seit dem Vorliegen des gemeinsam in Auftrag gegebenen „Ausstiegsgutachtens“ vom September 2012 gelegen habe. Schließlich gebe es als gemeinsame Grundlage einen „Ausstiegsbeschluss“ aller Gesellschafter, zuletzt vom Mülheimer Rat im Juli 2010. Das weitere Verfahren sei bisher gemeinsam getragen worden, ohne erkennbare Kritik des Gesellschafters Land NRW.

Es sei auch beschämend, so Michels, wie wenig die Öffentlichkeit auf verbindliche Aussagen zum rot-grünen Koalitionsvertrag vertrauen könne. Wolfgang Michels: „Man kann sich nicht darauf verlassen, man ist wieder einmal verlassen.“

Im Übrigen hätten die Aufsichtsratsvertreter des Landes NRW, darunter aus dem Haus Groschek, in der jüngeren Vergangenheit auch nicht gerade mit Initiativen zum Abbau der jährlichen Defizite gegläntzt. Von Widerständen der Landesvertreter gegen den jährlichen Wirtschaftsplan hat der Mülheimer Rat in der letzten Zeit auch nichts gehört.

CDU-Fraktionsvorsitzender Wolfgang Michels: „Die CDU-Fraktion erwartet jetzt von Oberbürgermeisterin Mühlenfeld (SPD), dass sie alle (rechtlichen) Möglichkeiten des Mitgesellschafters Mülheim an der Ruhr ausschöpft, eine vorzeitige Kündigung des FEM-Landesanteils zu verhindern bzw. abzuwenden und für eine Rückkehr des Landes NRW zu einem gemeinsamen Ausstiegsweg zu sorgen.“

F.d.R.

Schiemer

-Fraktionsgeschäftsführer